gegen, weil die Regierung Abhülfe zugesichert habe. Auf diese Weise habe er wenigstens etwas erreicht, während ein Antrag bei dem vorgerückten Landtag nicht mehr zur Annahme gekommen wäre. Das sei der Unterschied zwischen seiner Sozialpolitik und der des Abg. Bebel, daß er lieber das Erreichbare annehme, als das Unerreichbare anstrebe und die Leute dadurch nur verbittere. Er habe gefunden, daß in keinem Staat die Forstwirthschaft so intensiv sei, als in Sachsen. Was den Vorschlag Bebels bezüglich der Jagdverpachtung anlange, so würde man bei der Jagdwuth, die gegenwärtig die pecuniären Emporkömmlinge ergriffen habe, vielleicht noch mehr als 50,000 Mk. erzielen, es würden aber zahllose Differenzen entstehen, die viel größeren Schaden anrichten würden, als der erzielte Ertrag werth sei. Man könne die geforderten Erhöhungen getrost bewilligen, da es sich um einen ausgezeichneten Beamtenstand handle. Das Studium der Forstwissenschaft sei für Alle frei, und er könne dem Abg. Bebel nur empfehlen, dafür zu sorgen, daß recht viel Gesinnungsgenossen von ihm dieses Studium ergreifen. Abg. Niethammer führt aus, daß sich unsere Forstverwaltung mit der anderer Länder nicht vergleichen lasse. Alle übrigen Länder beneideten uns um unsere Forstwirthschaft, und dies verdanken wir der Sorgfalt und Intelligenz, mit der unsere Forstverwaltung so bereitwillig auf die Bedürfnisse der Industrie eingegangen sei. Abg. Bebel: Abg. Philipp habe selbst zugestanden, daß vielleicht 20 Oberförsterstellen eingezogen werden könnten, dies sei gleichbedeutend mit einer Ersparniß von 100,000 Mk., auf die man jedoch verzichte, während man nicht ein paar Tausend Mark für die armen Waldwärter übrig habe. Wenn man von der Jagdverpachtung Uebelstände befürchte, so möge man doch den Befähigungsnachweis für die Jagdpächter einführen (Heiterkeit). Abg. Uhlemann-Görlitz kann die Nivellirungssucht der verschiedenen deutschen Länder in rein localen Fragen nicht billigen. Eine Zulage von 90 Mk. für die Oberförster sei übrigens zu unbedeutend, um hier stundenlang darüber zu debattiren. Weiter wendet sich Redner gegen die angeregte Jagdverpachtung. Abg. Niethammer meint gleichfalls, für den Preis von 50,000 Mk. könne man den Unfug, der durch die Jagdverpachtung in den Wäldern entstehen würde, nicht dulden. Unter großer Heiterkeit des Hauses hält er dem Abg. Bebel entgegen, daß es jedenfalls nicht dazu kommen würde, einen Sozialdemokraten als höheren Forstbeamten anzustellen, denn wenn ein Sozialdemokrat eine solche Stelle bekomme, höre er auf Sozialdemokrat zu sein. Finanzminister v. Könneritz versichert, die Regierung sei bereit, auch den früheren Waldwärtern höhere Unterstützungen als seither zu gewähren. Er begreife nicht, wie der Abg. Bebel der Regierung Inconsequenz habe vorwerfen können. Die Regierung habe sich einer Gehaltserhöhung für die Oberförster gegenüber nie unsympathisch verhalten, sondern nur darauf hingewiesen, daß diese Erhöhung auch die Besserstellung anderer Beamten derselben Kategorie bedinge. Aus dem Etat gehe aber hervor, daß gleichzeitig die parallelen Beamtenkategorien eine Gehaltserhöhung erfahren hätten. Wenn 30 Oberförsterstellen aufgehoben würden, dann müßten dieselben durch andere Beamte ausgefüllt werden; die Oberförster würden zu Inspectionsbeamten, die Förster zu Revierverwaltern gemacht werden müssen. Hiermit sei auch eine Erhöhung der Gehaltsverhältnisse der Letzteren nothwendigerweise verbunden, wodurch die Ersparnisse wieder aufgewogen würden. Man könne die sächs. Forstverwaltung unmöglich als zu theuer bezeichnen. Abg. v. Vollmar wünscht einen Ausgleich zwischen den Gehaltsverhältnissen der höheren und der unteren Forstbeamten. Von den Jagdpächtern einen Befähigungsnachweis zu verlangen, sei nicht lächerlicher, als von einer Reihe anderer Berufszweige. Wenn Abg. Niethammer sage, daß man aufhöre Sozialdemokrat zu sein, wenn man Oberförster werde, so könnte er Beweise vom Gegentheil erbringen. Finanzminister v. Könneritz hält seine Behauptung aufrecht, daß die Regierung in dieser Angelegenheit consequent verfahren sei. Die Kammer bewilligt hierauf einstimmig die Ueberschüsse dieses Kapitels mit 7,499,100 Mk., nachdem die Sozialdemokraten in der Specialabstimmung gegen die Gehaltserhöhung der Oberförster gestimmt. — Bei dem nächsten Kapitel „Domänen und Jagd" erklärt Abg. Stolle, der Etat der Domänen widerlege am besten die Klagen über die Nothlage der Landwirthschaft. Wenn der Hector einen Pachtzins von durchschnittlich 77½ Mk erzielt, so berechne sich daraus zu 4 Prozent ein Kapitalwerth von 600 Thlr. pro Hector. Mehr werde man nirgends für den Hector zahlen. Es liege also gar kein Grund vor, die Oeffentlichkeit mit den ewigen Klagen zu belästigen. Daß man bei der Neuverpachtung der Domänen keinen höheren Pachtzins verlange, liefere beiläufig den Beweis, daß man sich von der Erhöhung der Getreidezölle selbst keinen Nutzen verspreche. Reichstagsabg. Knechtel hält dem entgegen, daß gerade die Neuverpachtung zu niederen Preisen den Beweis von dem Darniederliegen der Landwirthschaft liefere. Abg. Horst: Stolle sei im Irrthum, wenn er meine, aus den gegenwärtigen Erträgnissen der Kammergüter Schlüsse ziehen zu können. Die Erträgnisse resultirten aus alten Pachtverträgen. Was die Pächter in Folge dieser Verträge ist für Verluste hätten, könne Abg. Stolle nicht beurtheilen. Abg. Bramsch weist darauf hin, daß die hohen Pachterträgnisse von Gorbitz auf die Einnahmen zweier Brauereien zurückzuführen seien. Finanzminister v. Könneritz äußert sich im Sinne der Abgg. Bramsch und Horst. In den letzten Jahren sei ein entschiedener Rückgang der Pächte zu verzeichnen, welcher unzweifelhaft als Beweis für die Nothlage der Landwirthschaft angesehen werden müsse. Abg. Stolle hält seine Behauptung aufrecht. Abg. Ackermann hält ihm entgegen, auf Grund derselben hätte er consequenterweise einen Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle stellen oder beantragen müssen, den Pächtern ihre zu hohen Pächte zu erlassen. Die Ueberschüsse des Kapitels werden hierauf einstimmig mit 487,405 Mk. genehmigt, desgleichen die Einnahmen aus den Kalkwerken mit 76,788 Mk. und aus den Weinbergen und Kellereien mit 43,800 Mk. — Beim Kapitel „Hofapotheke" erklärt Abg. Bebel, er werde gegen diese Position stimmen. Wie er schon vor 2 Jahren ausgeführt habe, sei die Pachtsumme von 12,000 Mk. eine viel zu geringe. Abg. Starke bekämpft diese Ansicht. Die Hofapotheke habe früher stets ein Defizit gehabt, und nur der Intelligenz ihres jetzigen Pächters sei es zu verdanken, daß sie sich in den letzten Jahren gehoben habe. Abg. Schreck erbittet Auskunft, auf wie lange Jahre der Pacht laufe. Wenn derselbe auf längere Zeit abgeschlossen sei, dann habe die heutige Debatte gar keinen Zweck. Finanzminister v. Könneritz konstatirt, daß die Apotheke auf die nächste Periode verpachtet ist. Die Debatte habe also weiter keinen Zweck, der Abg. Bebel müßte denn durch seine Ablehnung der Regierung anheimgeben wollen, dem Pächter den Pacht ganz zu erlassen. Abg. Geyer erklärt, das heutige Vorgehen seines Genossen Bebel sei nur eine Consequenz seiner vor 2 Jahren geäußerten Ansichten gewesen. Die Einnahmen der Hofapotheke werden hierauf gegen 5 Stimmen mit 11,000 Mk bewilligt. — Bei dem Kapitel Elsterbad äußert Abg. Wehner einige Wünsche bezüglich des Baues des neuen Kursaales. Abg. Grohl hat mit Bedauern vernommen, daß der Bau noch nicht in Angriff genommen ist. Er bittet um Auskunft, in welcher Weise der Neubau ausgeführt werden solle. Abg. Geyer bedauert, daß die Elsterschen Mineralwässer in der ärztlichen Praxis zu wenig gekannt und verschrieben würden. Es geschehe von den behördlichen Organen noch zu wenig, um Bad Elster auch außerhalb Sachsens bekannter zu machen. Besonders möge man den Einfluß der Presse künftig in höherem Maße benutzen. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz antwortet, der alte Plan des Kurhauses sei beibehalten, nur etwas vereinfacht worden. Die Vorschläge des Abg. Geyer würden berücksichtigt werden. Dem Abg. Wehner erwidert der Minister, daß der Bau unter der Oberleitung der Regierung ausgeführt werde, was die Verdingung einzelner Arbeiten nicht ausschließe. Nachdem sich Abg. Grohl mit der Antwort des Ministers zufrieden erklärt hat, werden die Ueberschüsse dieses Kapitels in der Höhe von 11,989 Mk. bewilligt. — Zu längeren Auseinandersetzungen führte der Etat der „Leipz. Ztg." und des „Dresd. Journ". Die Deputation beantragt die Einnahmen der Ersteren mit 5146 Mk. und die Zuschüsse für das Letztere mit 41,720 Mk. zu bewilligen. Außerdem beantragt eine Minorität, die Regierung zu ersuchen, eine Vereinigung beider Blätter zu einem Regierungsblatte herbeizuführen. Abg. Opitz vertritt in längerer Rede den Majoritätsantrag. Der Minoritätsantrag sei gleichbedeutend mit einem Antrag auf Aufhebung der „Leipz. Ztg." Dieselbe liefere noch immer Ueberschüsse, noch was noch viel wichtiger sei, sie erspare dem Staate eine Ausgabe von 50,000 Mk. für Inserate. Ein Staat von 3 Mill. Einwohnern brauche ein offizielles Organ. Der dem Blatte von der Deputation gemachte Vorwurf wegen seiner Haltung in der bulgarischen Frage entbehre der Begründung, es sei ganz gerechtfertigt, wenn das Blatt die Sympathien des ganzen deutschen Volkes für die Bulgaren zum Ausdruck gebracht. Dadurch erscheine die russenfreundliche Reichspolitik in noch glänzenderem Lichte. Abg. Starke beruft sich als Referent der Minorität auf die für seinen Antrag in früheren Verhandlungen angeführten Gründe. Zu diesen kämen diesmal noch Erwägungen finanzieller Natur. Die „Leip. Ztg." nehme nicht selten eine Stellung ein, die im Widerspruch mit den Ansichten der Regierung stehe. Oft gehe dieselbe geradezu in frivoler Weise vor. So habe das Blatt die segensreich wirkende Gesellschaft für Volksbildung, der u. A. der Präsident und die beiden Vicepräsidenten der Kammer angehörten, als eine Brutanstalt der Halbwisserei, in welcher die Sozialdemokratie wurzele, bezeichnet. Bezüglich des „Journals" habe er früher seine Anerkennung über die Leitung des Feuilletons ausgesprochen, doch auch hierüber seien ihm in der letzten Zeit Zweifel entstanden. In der Wahl der Novellen scheine die Redaction wenig Glück zu haben. Abg. Ackermann tritt für den Fortbestand beider Blätter ein und zollt insonderheit der Redaktion der „Leipz. Ztg." lobende Anerkennung. Abg. Bebel erklärt, daß seine Gesinnungsgenossen den Etat beider Zeitungen ablehnen würden. Er anerkennt die Haltung der „Leipz. Ztg." in der bulgarischen Frage, müsse aber die Gehässigkeit verurtheilen, mit welcher das Blatt die politischen Gegner, wie auch die Arbeiterbewegung bekämpfe. Hierbei versetzt er auch dem „Leipz. Tgbl." einen Hieb, von dem er sagt, daß in dem Blatte zwei Seelen lebten, eine weiße (fromme, loyale) und eine schwarze (freisinnige), sodaß oft der Handelstheil genau das Gegentheil behaupte von dem, was im politischen Theil gesagt wurde. Abg. Georgi bekämpft vom Standpunkte der deutschen Reichspolitik die Haltung der „Leipz. Ztg." in der bulgarischen Frage. Abg. Opitz tritt nochmals für die Ansicht der Majorität ein. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz findet es natürlich, daß sich Abg. Bebel gegen jede Regierungspresse erklärt. Das werde dazu beitragen, den Blättern nur Freunde zu erwerben. Wie aber Abg. Bebel dazu komme, über den gehässigen Ton dieser Presse zu klagen, sei ihm unerfindlich. Ein größeres Maß von Gehässigkeit, als sich in sozialdemokratischen Blättern finde, könne sich die kühnste Phantasie kaum denken. Was die „L. Z." dagegen bringe, sei kaum das Lallen eines einjährigen Kindes. Debatten wie die heutige müßten den Regierungsblättern schaden, und er sehe am liebsten derartige Fragen in geheimer Sitzung behandelt. Nachdem Abg. Kirbach in längerer Rede den Deputationsantrag bekämpft, wird der Antrag der Minorität gegen 16 Stimmen abgelehnt und die Majoritätsanträge gegen 6 Stimmen angenommen. — Ohne Debatte werden 147,000 Mk. für das statistische Bureau bewilligt. Für allgemeine Ausgaben beim Departement des Innern sind 15,000 Mk. gefordert. Abg. v. Vollmar erklärt, daß seine Gesinnungsgenossen gegen die Position, welche eine Vertrauenserklärung verlange, stimmen würden. Aus diesem Fonds seien Unterstützungen an auswärtige Polizeispione bewilligt worden, eine Behauptung, die Ref. Starke aus dem Rechenschaftsbericht widerlegt. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärt, es sei eine vollständige Unwahrheit, daß aus dem Unterstützungsfonds der Polizeidirection eine derartige Ausgabe gemacht worden sei. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so würde er diese Ausgabe ausdrücklich im Rechenschaftsbericht haben anführen lassen, um zu zeigen, zu welchen Mitteln man greifen müsse, um sich der Sozialdemokratie zu erwehren. Abg. Bebel erklärt, bei anderer Gelegenheit auf dieses Thema zurückkommen zu wollen. Die Briefe des verstorbenen Polizeirath Weller an einen Polizeispion, der bereits 4 Jahre im Zuchthaus gesessen habe, seien als Beweisstücke in seiner Hand. Die geforderte Summe wird hierauf gegen 5 Stimmen bewilligt.

— Vorgestern hatte Herr Präsident Geh. Rath Dr. Haberkorn die Abgeordneten der zweiten Kammer zu einem solennen Diner geladen, welches im oberen Saale des Belvederes in außerordentlich animirter Weise stattfand, und einen ebenso herzlichen, als fröhlichen Verlauf nahm. Es galt zunächst den Kammermitgliedern, ihre Freude über die Genesung des Herrn Präsidenten zum Ausdruck zu bringen, und Herr Abgeordneter Schreck, einer der Senioren, that dies in seiner gewohnten geistreichen Weise. Das interne Leben der Kammer bot vielfachen Stoff zu Tischreden und Toasten und mit Recht konnte von einem der angesehensten Abgeordneten darauf hingewiesen werden, daß der überwiegend größte Theil der Kammermitglieder in einem freundschaftlichen, bezw. familiären Verkehre zu einander stehe. Zwei Tafellieder würzten das Mahl, das eine behandelte die jüngste Kalamität unserer Lößnitzer Weinberge. Lange noch nach aufgehobener Tafel blieben die Abgeordneten in frohem Kreise anwesend, und einzelne Gruppen verweilten sich, obgleich kurz vor Tische erst eine fünfstündige Sitzung geschlossen worden war, von Neuem in lebhafte Discussionen über brennende Fragen der Tagesordnung.

— Die Gesetzgebungsdeputation der 1. Kammer empfiehlt den Gesetzentwurf betr. die Heranziehung von Militärpersonen zu örtlichen Abgaben gemäß dem Beschluß der 2. Kammer mit geringen redaktionellen Abänderungen anzunehmen.

— Das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium hat dem Leinenwaarenfabrikanten Gottlieb Albert zu Spremberg in der Oberlausitz, dem Gartenarbeiter August Dießner auf dasigem Rittergute und dem Gerichtsschöppen Daniel Lorenz in Niederfriedersdorf in Anerkennung ihrer Verdienste um das kirchliche Leben in ihrer Gemeinde Anerkennungs-Urkunden verliehen.

— Bis gestern Mittag waren in der Eisdecke der Elbe zwischen Bodenbach und Pirna wesentliche Veränderungen nicht vorgekommen, nur in der Strecke von Pirna bis Laubegast, an welch' letzterem Orte die Eisdecke noch fest steht, haben einige Zusammenschiebungen, namentlich unterhalb der Pirnaer Brücke, stattgefunden. Was die Elbstrecke von Laubegast bis zur sächsisch-preußischen Landesgrenze betrifft, so ist dieselbe vollkommen eisfrei. Soweit bekannt, sind infolge des vorgestrigen Eisganges Schäden oder sonstige Nachtheile für die Schiffahrt und die Anwohner nicht hervorgerufen worden. — Wasserstand am hiesigen Pegel gestern Mittags 12 Uhr 114 cm. unter Null — Temperatur +7 Gr. R. — Nachrichten über Witterungs- und Eisstandsverhältnisse aus dem Innern Böhmens fehlen bis jetzt gänzlich.

— Infolge des durch die eingetretene milde Witterung zu erwartenden baldigen Abganges des Eises der Elbe ist seit vorgestern Abend die bei Eisgängen und den damit verbundenen Hochfluthen der Elbe in dem hiesigen Palaisgarten zu errichtende Signalstation durch das Königl. 1. Feld-Artillerieregiment Nr. 12 mit einem Geschütze besetzt worden. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr ertönte denn „ein" Signalschuß, welcher „nöthig werdende Vorsicht" anzeigte.

— Am nächsten Vortragsabend der Gehestiftung im Börsensaal, am 28. Januar, wird Herr Prof. Reuleaux aus Berlin über: „Die herannahende Umwandlung in der Großindustrie der Städte und deren Folgen auf die Volkswirthschaft" sprechen.

— Ueber die Explosion im Fort Manteuffel zu Metz meldet das „Els. Journ".: Gegen 10 Uhr Vormittags ertönte ein furchtbarer Knall, eine Rauchwolke stieg empor, und als dieselbe sich zerstreut hatte, sah man, daß der große Schuppen, in welchem die Patronen für den täglichen Gebrauch aufbewahrt werden, in die Luft geflogen und in einen Trümmerhaufen verwandelt war. Ein Unteroffizier Namens Müller und ein Artillerist Namens Rasch, beide von der 3. Compagnie des 12 sächs. Fußartillerie-Reg., sind getödtet worden. Müller lag unter den Trümmern und Rasch war in die Luft geschleudert worden und entsetzlich verstümmelt, 50 Meter weit von dem explodirten Gebäude, niedergefallen. Die Räumungsarbeiten wurden sofort begonnen. Das Unglück wird der Unvorsichtigkeit der beiden Soldaten zugeschrieben, die mit einer angezündeten Laterne in der Hand in den Schuppen gegangen sein sollen. Da die Pulvervorräthe glücklicherweise nicht groß waren, so sind größere Beschädigungen an den umliegenden Gebäudetheilen glücklicherweise nicht vorgekommen.

— Am 7. Mittags, brach in der Scheune des Gutsbesitzers Adolf Richard Höhlig in Lichtenauh. Zwickau Feuer aus und brannte dieselbe, sowie das Wirthschafts- und Schuppengebäude in kurzer Zeit vollständig nieder. In Folge des starken Windes, wodurch das Feuer nur noch mehr angefacht wurde, konnte nichts gerettet werden. Sechs Stück Rinder, 3 Schweine, sowie sämmtliches Mobilar mit den Ernte- und Futtervorräthen wurden ein Raub der Flammen. Versichert hatte Höhlig nichts. Die Ehefrau Höhlig's befand sich mit 3 Kindern im Alter von 5, 3½ und 2 Jahren zur Zeit des Brandes allein im Hause. Den Brand soll die fünfjährige Tochter verursacht haben.

Fortsetzung des lokalen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Nach der dem Reichstage zugegangenen Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1888/89 zur Deckung der Gesammtausgabe aufzubringenden Matricularbeiträge stellt sich die aufzubringende Bedarfssumme auf 232,504,600 Mark. Dazu haben Bayern 26,776,738 Mk., Württemberg 9,852,014 Mk., Baden 7,031,633 Mk., Elsaß-Lothringen 6,876,793 Mk., Preußen 109,278,432 Mk., Sachsen 12,273,604 Mk., Hessen 3,691,673 Mk., Mecklenburg-Schwerin 2,219,459 Mk., Sachsen-Weimar 1,211,489 Mk., Mecklenburg-Strelitz 379,605 Mk., Oldenburg 1,317,915 Mk., Braunschweig 1,437,259 Mk., Sachsen-Meiningen 829,218 Mk., Sachsen-Altenburg 623,059 Mk., Sachsen-Coburg und Gotha 767,264 Mk., Anhalt 957,650 Mk., Schwarzburg-Sondershausen 284,039 Mk., Schwarzburg-Rudolstadt 323,515 Mk., Waldeck 218,318 Mk., Reuß ältere Linie 215,729 Mk., Reuß jüngere Linie 426,788 Mk., Schaumburg-Lippe 143,567 Mk., Lippe 475,464 Mk., Lübeck 261,087 Mk., Bremen 639,143 Mk., Hamburg 2,001,908 Mk. beizutragen. Es haben zu zahlen gegen 1887/88: Preußen mehr 22,206,096 Mk., Bayern weniger 2,222,718 Mk., Sachsen mehr 2,762,819 Mk., Württemberg weniger 843,279 Mk., Baden weniger 549,340 Mk., Hessen mehr 707,023 Mk., Mecklenburg-Schwerin mehr 384,216 Mk., Sachsen-Weimar mehr 225,408 Mk., Mecklenburg-Strelitz mehr 61,155 Mk., Oldenburg mehr 243,160 Mk., Braunschweig mehr 319,321 Mk., Sachsen-Meiningen mehr 108,256 Mk., Sachsen-Altenburg mehr 128,034 Mk., Sachsen-Coburg und Gotha mehr 146,658 Mk., Anhalt mehr 213,824 Mk., Schwarzburg-Sondershausen mehr 57,123 Mk., Schwarzburg-Rudolstadt mehr 67,075 Mk., Waldeck mehr 38,491 Mk., Reuß ältere Linie mehr 52,733 Mk., Reuß jüngere Linie mehr 101,818 Mk., Schaumburg-Lippe mehr 30,517 Mk., Lippe mehr 92,093 Mk., Lübeck mehr 57,699 Mk., Bremen mehr 138,053 Mk., Hamburg mehr 539,190 Mk., Elsaß-Lothringen mehr 1,095,663 Mk.

Kaiser Wilhelm empfing am 11. Nachmittags den Besuch des Prinzen Wilhelm. Das Befinden Sr. Majestät während des Dienstag Nachmittag war zufriedenstellend. In der Nacht zum Mittwoch war der Schlaf mehrmals unterbrochen.

Kaiser Wilhelm äußerte sich bei dem Empfang der Hallogren (Abgesandten der Salzwerker aus Halle), als dieselben ihre Neujahrsglückwünsche darbrachten, dahin, daß die Nachrichten aus San Remo recht gute seien; die Zeit der schlimmsten Befürchtungen sei vorüber; es sei vollberechtigte Hoffnung vorhanden, daß der Kronprinz im Frühjahre nach Berlin zurückkehren werde.

Französische Blätter melden, daß der preußische Gesandte Herr v. Schlözer dem Papst einen längeren Brief des Fürsten Bismarck überbracht habe, worin der Reichskanzler den Papst zu seinem Jubiläum beglückwünscht und die Hoffnung ausspricht, der Papst möge die offizielle Begrüßung von Seiten des deutschen Kaisers und der Regierung wohlwollend aufnehmen. Fürst Bismarck drückt dem Papst „als Staatsmann" seine Bewunderung aus für die Wirksamkeit, die er mit so viel Erfolg entfaltet habe und über welche Deutschland nur Befriedigung empfinden könne, und er hofft, daß der Papst fortfahren möchte, durch die hohe Autorität, mit der er bekleidet sei, die Bestrebungen des Deutschen Reiches für die Aufrechterhaltung des Friedens zu unterstützen. — Obgleich diese Meldung noch nicht verbürgt ist, so liegt sie doch nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit. Eine neue Probe seiner bewundernswerthen Eigenschaften „als Staatsmann" hat der Papst soeben erst wieder gegeben, als er dem Abgesandten des deutschen Kaisers bei Ueberreichung der amtlichen Glückwünsche erwiderte, er schöpfe aus denselben die Hoffnung, „daß der Kaiser das begonnene Werk krönen wolle". Das erst „begonnene" Friedenswerk. Womit Deutschland es noch „krönen" soll, blieb leider unausgesprochen, aber für die staatsmännische Kunst Leo's XIII. ist schon der Ausdruck des immer noch Unvollendeten bezüglich der Zugeständnisse Preußens an die Kirche nach Allem, was geschehen, Beweis genug.

Die „Köln. Ztg." dementirt nachdrücklich, daß der Botschafter v. Schweinitz den Schwarzen Adlerorden wegen erfolgreicher Verhandlungen in St. Petersburg erhalten habe. Der kaiserliche Botschafter von Schweinitz habe sich seit Ende September auf Urlaub befunden, hat diesen Urlaub in Süddeutschland und Italien zugebracht und während dieser Zeit auf die Geschäfte keinen Einfluß genommen. Er habe den Schwarzen Adlerorden — nach der bestehenden Gewohnheit Seiner Majestät, hohen Würdenträgern zu Weihnachten und Neujahr Auszeichnungen zu verleihen — zu Neujahr erhalten als Anerkennung für seine langjährigen und ersprießlichen militärischen und diplomatischen Verdienste, aber nicht für gar nicht stattgehabte geheime Verhandlungen, und jede Andeutung, daß die Ordensverleihung mit diesen erfundenen Verhandlungen in Verbindung stände, ist ein voller Widerspruch zu den Thatsachen.

Die „Werkmeister-Zeitung" meldet, daß schon bei einer der letzten Sitzungen des Reichs-Versicherungsamtes der Präsident desselben, Herr Bödiker, geklagt habe, es sei fast unmöglich, einen Arbeitervertreter nach Berlin zu bekommen. Ein Werkmeister, der sich schließlich am letzten Tage vor den Sitzungen, um dieselben nicht unmöglich zu machen, zur Reise nach Berlin entschloß, erhielt seine Kündigung vom Prinzipal dorthin gesandt. In dem Kündigungsbrief heißt es wörtlich: „Vielleicht verschafft Ihnen Herr Bödiker eine Stelle als Sekretär, wofür Sie übrigens auch besser passen, als zum Werkführer". So ist es einem Manne ergangen, der zwölf Jahre lang mit Fleiß, Treue und Erfolg das betreffende Geschäft geleitet und dasselbe zu dem ersten in der Provinz hat machen helfen. Ein anderer Arbeitervertreter erhielt von seinem Prinzipal, als er für wenige Tage nach Berlin reiste, die nicht mißzuverstehende Weisung, daß man ihn für diesmal zwar beurlauben wolle, daß man aber, wenn dieser Fall nochmals eintreten sollte, „nicht wisse, ob man den Urlaub noch einmal bewilligen könne". Ein dritter Arbeitervertreter-Stellvertreter war unter keinen Umständen zur Uebernahme der Stellvertretung zu bewegen, da die Prinzipale unter Hinweis auf das Geschäft jeden Urlaub verweigerten, weil der Betreffende zur Zeit unentbehrlich sei. Derselbe hat inzwischen sein Amt niedergelegt, weil ihm Urlaub definitiv abgeschlagen werden mußte. Erinnert man sich der stolzen Worte, mit denen z. B. die leitenden Mitglieder des Centralverbandes deutscher Industrieller bei Inaugurirung der Schutzzollpolitik nicht bloß ihre Absicht, sondern ihre Pflicht betonten, nun, wo ihnen geholfen sei, auch für ihre Arbeiter etwas zu thun, so muß dieser Versuch einzelner Unternehmer, das Unfallversicherungsgesetz geradezu zu durchkreuzen, um so größeren Unwillen erregen. An solchen Arbeitgebern scheinen die warmen Worte ihrer Standesgenossen, der Herren Oechelhäuser und Rösicke spurlos vorübergegangen zu sein. Hat der erstere nicht völlig Recht, wenn er schreibt, daß das gute oder schlechte Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern als Regel durch die Behandlung der letzteren seitens der ersteren bedingt wird? Wenn dieser satte Egoismus gewisser Kreise aber weder durch mahnende Worte der Freunde, noch durch den drohenden Ernst der Zeiten zur Erfüllung einer sozialen Pflicht bewogen werden kann, so ist es hohe Zeit, ihn durch die harte Hand des Gesetzes dazu zu zwingen. Und dazu würde das schärfste Mittel gerade recht sein.

Der Abschluß der Liste, betreffend die vorläufigen Zustimmungserklärungen zur Begründung der deutschen Spiritus-Commissionsbank ergiebt 2569 Zustimmungen mit 39 Millionen Mark contingentirter Mauchraumsteuer (82 Zustimmungserklärungen ohne Angabe der Steuersumme ungerechnet). Diese Betheiligungsziffer wird für ausreichend erachtet.

Zur Zeit tagt in Berlin eine aus verschiedenen Offizieren der berittenen Truppentheile zusammengesetzte Kommission behufs Prüfung der Frage wegen Einführung eines einheitlichen Sattelmodells an Stelle des jetzt von den Kürassieren geführten deutschen und des bei den anderen Truppentheilen vorgeschriebenen Bocksattels. Der Prüfung der Kommission sind etwa 80 verschiedene Modelle unterbreitet.

Der Berliner „Localanzeiger" veröffentlicht in der Angelegenheit Ziethen-Wilhelm einen Brief Friedrich Strache's aus Fallenberg i. M. an den Vater des verurtheilten Barbiers Ziethen in Elberfeld. Dieser Brief enthält manche neue Momente. Strache, der beim französischen Fremdenregiment in Tonkin gestanden hat, macht in dem Brief eingehende Angaben auf Grund einer im Absinthrausch gemachten Mittheilung seines Kameraden Kleinsmann. Danach hätten Kleinsmann und ein Barbierlehrling Ziethens (Wilhelm?) die Frau Ziethen in Abwesenheit deren Mannes vergewaltigt und der Lehrling dabei die Frau Ziethen durch Hammerschläge getödtet. Der Brief befindet sich bereits in den Händen der Staatsanwaltschaft.

In Passau hat der Leihhaus-Kassirer Mendl 100,000 Mk. unterschlagen und wurde verhaftet; in Lauingen (Bayern) erhenkte sich der Stadtschreiber Krämer und hinterließ ein bedeutendes Manko in der Stadtkasse.

Die kaiserl. Kabinetsordre wegen der diesjährigen Kaiser-Manöver ist noch nicht ergangen, doch dürfte es wohl feststehen, daß dieselben beim Garde- und 3. Armee-Korps stattfinden werden, wie der Kaiser schon beim Neujahrsempfang der Generale geäußert haben soll, obgleich der Reihe nach das 9. Armee-Korps daran wäre.

Beim Einlaufen des Schnellzuges in Kiel in der Nacht vom 8 zum 9. d. M. fuhr die Lokomotive, bevor noch der Zug vollständig zum Stehen gekommen war, über die am Kopfende des Bahnhofs belegene Drehscheibe hinweg, drückte die Futtermauer und das eiserne Gitter durch und kam mit den beiden Vorderrädern auf dem Bürgersteige der Jensenstraße zu liegen. Verletzungen von Personen sind dabei nicht vorgekommen, nur die Lokomotive ist beschädigt. Die Hebung der Lokomotive ist sofort in Angriff genommen. Der Betrieb erleidet keine Störung. Die Ursache des Vorfalles ist vermuthlich auf Versagen der Bremswirkung zurückzuführen. Das Nähere wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Koloniales. Innerhalb der „Kolonialgesellschaft für Südwestafrika" hat sich eine Bergwerksgesellschaft zur Ausbeutung der Goldminen gebildet, welche jetzt eine Expedition ausrüstet, die in etwa zwei Monaten abgehen kann, um das Land einer eingehenden fachmännischen Untersuchung zu unterziehen. An die Spitze dieser Expedition tritt ein Bergbauverständiger; die Kosten für dieselbe werden aus dem Vermögen der Kolonialgesellschaft gedeckt. Desgleichen errichtet diese Gesellschaft auch die „Kolonialtruppe." Für